

Ernsthafte Überlegungen über eine zukünftige Deckung des Energiebedarfs und über umweltfreundliche und sparsame Methoden werden von den Regierungen Bosnien-Herzegowinas nicht angestellt. Weder für die FBuH noch für die RS liegen Daten über die Nutzung von erneuerbaren Energien vor. In diesem Bereich sind vereinzelt Wissenschaftler, internationale Organisationen und lokale NROs tätig. Die Diskussion befindet sich jedoch noch in einer Anfangsphase. UNDP, REC (The Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe) und SIDA (Swedish International Development Cooperation Agency) unterstützen Projekte für einen sparsamen und umweltfreundlichen Umgang mit Ener-

gien vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs. Das Zentrum für Energie, Umwelt und Ressourcen (CENER 21) in Sarajevo berät Städte in Bosnien und Herzegowina in Fragen der wachsenden Energieeffizienz und setzt sich für die Vernetzung der Stadtverwaltungen in diesem Fragen ein. Doch auch dieses Projekt leidet unter fehlender Unterstützung der Regierungen, der schwerfälligen Verwaltung und dem Kompetenzmangel der Akteure. Derzeit wird am Ersten Nationalen Bericht über Klimawandel unter den UNFCCC-Bestimmungen gearbeitet, es wird sich dabei herausstellen, ob die Zusammenarbeit zwischen den zwei Entitäten ein professionelles Niveau erreichen kann.

RUMÄNIEN: UMWELTBEWUSSTSEIN STECKT NOCH IN DEN KINDERSCHUHEN

Holger Dix | Lavinia Andrei

Rumäniens Diskurs zum Thema Klimawandel scheint erst zu beginnen. Ein umfassendes öffentliches Bewusstsein für die Ursachen und Folgen des Klimawandels besteht noch nicht. In den vergangenen drei bis vier Jahren hat die Öffentlichkeit aber ein größeres Interesse für das Thema entwickelt, insbesondere infolge der Überschwemmungen aus den Jahren 2005 und 2006 sowie der ab dem Herbst 2006 eingetretenen Dürre, die vor allem Tourismus und Landwirtschaft beeinträchtigen. Die Massenmedien berichten relativ regelmäßig über den Klimawandel, wobei eher die Folgen als die Ursachen dargestellt werden. An den Universitäten wird dieses Thema allmählich in die Lehrpläne aufgenommen sowie Gegenstand von wissenschaftlichen Abhandlungen. In der Forschung befassen sich einzelne Fachinstitute damit, so z.B. die Landesverwaltung für Meteorologie oder Forschungsinstitute für den Agrarbereich. Die Ergebnisse ihrer Forschungen werden meistens nicht veröffentlicht. Auch auf internationale Berichte gibt es kaum Reaktion. So wurden der Bericht des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern überhaupt nicht und der IPCC-Bericht nur sehr vage bekannt gemacht. Allmählich gewinnt der Klimawechsel allerdings Bedeutung als ein vermarktbare Thema. So greifen Unternehmen das „Mode-Thema“ Klimawechsel auf und laden zu Veranstaltungen, die sich mit ökologischen Themen beschäftigen.

Die akutesten Folgen des Klimawandels werden in den meteorologischen und hydrologischen Erscheinungen sowie in den extremen Erscheinungen – tornadoartige

Wirbelwinde, Überschwemmungen, starke Winde usw. gesehen. Diese alle verursachen Schäden wirtschaftlicher Art – durch Zerstörung der Infrastruktur (Wege, Häuser, Stromleitungen usw.) – und greifen direkt in die persönlichen Lebensverhältnisse der betroffenen Menschen ein. Betroffen ist auch der Tourismussektor: Schneelose Winter führen zu sinkenden Touristenzahlen in den Gebirgsgegenden und das unbeständige Wetter in den Sommermonaten schadet der Schwarzmeerküste als beliebtem Reiseziel. In der Landwirtschaft wird insbesondere die anhaltende Trockenheit zum Problem. Im Frühjahr 2007 waren im Süden und Südosten Rumäniens 210.000 Hektar Ackerland von einer Dürre betroffen. Angesichts fehlender oder defekter Bewässerungssysteme werden hier erhebliche Ernteausfällen erwartet.

Thematisiert werden desweiteren die Veränderung der Vegetationsperioden, eine sich verstärkende Boden-erosion, die Abnahme der Waldflächen und eine beginnende Desertifikation im Süden Rumäniens. Im Bereich der Biodiversität wird eine beginnende Migration der Arten in Richtung Norden beobachtet.

Studien über notwendige Reaktionen auf den Klimawandel fehlen, obwohl hier bereits konkreter Bedarf besteht. So musste etwa das Kernkraftwerk Cernavodă im Jahr 2003 vorübergehend stillgelegt werden, weil es durch die niedrige Wasserführung der Donau am nötigen Kühlwasser fehlte. Trotzdem werden die Arbeiten beim KKW Cernavodă fortgesetzt, um Block 2 in Betrieb zu setzen. Gebaut werden sollen auch die Blöcke 3 und 4.

Die politischen Entscheidungsträger behandeln den Klimawandel und seine Folgen eher am Rande. Politische Parteien, die sich ökologischen Fragen besonders widmen, gibt es in Rumänien nicht. Aus dem Parlament kommen keine wesentlichen Initiativen zu diesem Thema. Auf Regierungsebene wurde die Nationale Strategie Rumäniens betreffend den Klimawandel 2005–2007 erstellt, deren Implementierung durch den Nationalen Aktionsplan für Klimawandel 2005–2007 unter der Koordinierung des Umweltministeriums erfolgt.

Das Umweltministerium selbst verfügt zur Implementierung der Gesetzgebung nur über relativ wenig Personal. Insgesamt wird der Problematik innerhalb des Regierungskabinetts zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Energiestrategie Rumäniens, die vom rumänischen Wirtschafts- und Finanzministerium entwickelt wurde, ohne die von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase zu enthalten. Ähnlich verhält es bei den Strategien für die Bereiche Landwirtschaft und Transportwesen.

Einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit leisten Nichtregierungsorganisationen (NRO), beispielsweise durch Bildungsmaßnahmen in Schulen sowie durch Aufklärungsprogramme oder -kampagnen. Immer mehr Umwelt-NROs haben sich in den letzten Jahren mit dieser Problematik beschäftigt, was zur Gründung eines Netzwerks („Netzwerk für das Klima“) geführt hat, dem inzwischen zehn NRO angehören.

Umwelt-NROs haben Arbeitsgruppen zu den Themen Energie, Transport und Landwirtschaft gegründet, die jeweils landesweit oder auf örtlicher Ebene Informations- und Aufklärungskampagnen zu den betreffenden Themen durchführen. Zu den wichtigsten dieser NROs gehören Infoterra Romania – eine selbständige NRO, die im Umweltministerium untergebracht ist und einen Informationsknotenpunkt für Umweltfragen bildet, sowie Terra Mileniul III, die unter anderem das regionale Netzwerk „Climate Action Network Central and Eastern Europe“ koordiniert.

UKRAINE: TROTZ TSCHERNOBYL NUR GERINGES UMWELTBEWUSSTSEIN

Nico Lange | Igor Plaschkin

UKRAINE: TROTZ TSCHERNOBYL NUR GERINGES UMWELTBEWUSSTSEIN

Das Problemfeld des Klimawandels nimmt im politischen und öffentlichen Diskurs der Ukraine nur eine randständige Position ein. Sowohl die Berichterstattung in den Medien als auch die offizielle staatliche Informationsarbeit zum Thema erfolgen sporadisch und meist nur im Zusammenhang mit Naturkatastrophen. Im Land der größten anthropogenen Katastrophe der Neuzeit ist das Umweltbewusstsein nach wie vor schwach ausgeprägt und das alte sowjetische Verständnis der Naturausbeutung vorherrschend. Die internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zwingen die Ukraine jedoch, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Dadurch tritt der internationale Handel mit so genannten Emissionsquoten in den Vordergrund ukrainischer Umweltpolitik. Die wirtschaftlichen Anreize des Kyoto-Protokolls führen in Ansätzen zum Umdenken in der ukrainischen Politik.

POLITISCHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEURE

Im Jahre 1990 nahm die Ukraine den zehnten Platz im Ranking der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt ein, hinter den USA, Japan, Deutschland, Kanada und anderen hochindustrialisierten Ländern. Bereits 1992 schloss sich die Ukraine der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel an, die erst 1996 vom ukrainischen Parlament ratifiziert wurde. Gemäß dieser Konvention verpflichtete sich die Ukraine, dem Konventionssekretariat jährlich einen Bericht über Treibhausgasemissionen und -absorptionen und die Besonderheiten des nationalen Klimawandels vorzulegen. Die zuständige Institution ist das ukrainische Ministerium für Umweltschutz.

In der ukrainischen Zivilgesellschaft schlossen sich Umweltgruppen und Nichtregierungsorganisationen zu einem organisationsübergreifenden Arbeitskreis zum Thema Klimawandel zusammen, dessen Tätigkeit aber bisher kaum öffentlichkeitswirksamen Charakter entfalten konnte. Ihre Aufgabe sehen die Vertreter der